

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 9. Dezember 1902.

№ 142.

Die fraglichen Mittel und Wege.

Die Nr. 136 unsers Verbandsorgans ist es, welche die angekündigte Kritik des Corr.-Redakteurs über meinen in Nr. 133 unter der Rubrik „Mittel und Wege zur Unterbringung der konditionslosen Kollegen“ erschienenen Artikel enthält. Da es nun einmal klar im Corr. ist, daß das „Unzutreffende“ einer gründlichen Diskussion unterzogen wird, so will auch ich mich in dieses Schicksal fügen und mit meiner Kapsel, die überdies von dem gestrengen Herrn Schriftleiter „erbeten“ wurde, nicht zurückziehen.

In seiner Ueberschrift besaß Kollege Mezhäuser, daß man es bezüglich meines Artikels mit einer „kritischen Zeitfrage“ zu tun hat; trotzdem macht dieses Zugeständnis allmählich einer teilweisen Umkehrung oder Ueberbenuzung der von mir vorgezeichneten Thesen Luft. Dies ist aber für mich keine Belehren, indem meine Behauptungen auf eigens gemachter Erfahrung beruhen, welche ich mir in rund einem Duzend Offizinen, speziell Werk- und Zeitungsdruckereien, sammelte. Die Diskussion meines Artikels seitens des Corr.-Redakteurs macht auf mich übrigens den Eindruck, als hätte Kollege Mezhäuser in mancher Beziehung mich mißverstanden.

So ist es zunächst die „Abfassung des Berechnens“, welche Forderung wohl noch wenige Kollegen im Corr. zur Sprache brachten, da sich diesbezügliche Artikel gewöhnlich nur mit der „Einschränkung“ desselben befaßten. Bevor ich zur eigentlichen Begründung dieser wichtigen These schreite, will ich einige allgemeine Bemerkungen vorausschicken. Die Lohnarbeit kann ohne die Accordzusage ganz gut bestehen. Es müßten eben an Stelle der bei vielen Branchen leider existierenden Hunger-Accord-„ausreichende“ und somit ein menschenwürdiges Dasein bietende „Wochenlöhne“ treten. Daß diese Zeit nicht so bald und das Ziel nicht ohne Ergreifen der Volkswaffe, des Streiks, erreicht werden kann, ist wohl einleuchtend. Dieses Vorgehen nun ist wiederum nur bei einer kräftigen, gesunden Organisation möglich. Ist dann daselbst von Erfolg begleitet, so ist der deutsche Arbeiter nicht mehr gezwungen, in Folge des eignen niedrigen Arbeitsverdienstes seine Kinder der ausbeuterischen und verberberischen Heimindustrie zuführen zu müssen. Was nun die Kontrolle der Arbeitsleistung betrifft, so kann dieselbe auch bei der Lohnarbeit genügend ausgeübt werden. Indem bei der Heimarbeit aber ein Aufseher oder Werksführer die Kontrolle erst bei „Ablieferung“ der übernommenen Arbeit auszuüben im Stande ist, so kann die Heimarbeit natürlicherweise nur im Accord ausgeführt werden. Anders liegt die Sache jedoch, wenn die betreffenden Arbeiter in der Fabrik, wo auch eine „regelmäßige“ Arbeitszeit stattfindet, selbst produziert werden. Es ist hier jederzeit eine Kontrolle möglich und demnach die Accordarbeit vollständig entbehrlich.

Hinsichtlich des Berechnens halte ich auch für heute und immer an der Behauptung unerschütterlich fest, daß dasselbe nur für einzelne Kollegen, nicht aber für die Gesamtheit nutzbringend sein kann. Freudig ist es daher zu begrüßen, daß diese eigenmächtige und wirtschaftlich unzureichende Arbeitsweise seit Jahren den „Krebstgang“ angetreten hat. Daß beim Berechnen der Setzer oft fett, aber auch häufig zu mager wegkommt, sollen nachstehende Zellen beweisen. Im ersten Falle gibt es Offizinen, wo den Berechnern stets „Speck“ zugewiesen wird, wodurch dieselben nicht selten — wie auch der hannoversche Kollege in seinem Artikel in Nr. 137 richtig anführt — ihre 30 bis 50 Mk. und darüber verdienen, während im zweiten Falle z. B. in den Universitätsdruckereien der Setzer infolge schlechten Manuskriptes, gemischten Satzes usw. kaum in der Lage ist, sich etwas über das „Minimum“ emporzuschwingen, was dann oftmals auf „Schwachheit“ dieses Berechners zurückgeführt wird. Ja, es ist dies gewöhnlich keine Unfähigkeit, sondern die Lohndifferenz ist in der Verjährtheit der „Arbeit“ zu suchen. Auch treibt beim Berechnen vielfach der in unserer Branche leider so stark vertretene „Nepotismus“ sein neckisches Spiel. Was die größere persönliche „Freiheit“ eines berechnenden Kollegen anbelangt, so muß ich konstatieren, daß dieselbe häufig, also nicht immer, hinter der des Setzers im gewissen Grade zurückbleibt. Da es die letztere Kondition eher eine feste ist, so kann er gegebenen Falles auch eine günstigere Position

als erster einnehmen, während dem Berechner raider die Lüre gewiesen wird. Ich habe sogar Fälle erlebt, wo Berechner seitens des Prinzipals oder Faktors als Arbeiter zweiter Klasse behandelt wurden, aber Setzer im gewissen Grade sich des besten Ansehens erfreuten. Doch gibt es auch hierin Ausnahmen.

Nun will ich zu den Leistungen und Pflichten eines im „gewissen Gelde“ arbeitenden Kollegen übergehen. Bei der Zeitungsherstellung im gewissen Gelde kommt zunächst in Betracht, daß der Setzer entsprechend seines Wochenlohnes Arbeit liefert; zu einer „Mehrfleistung“ ist er nicht verpflichtet. Tritt nun ein sogenannter „schwerer Tag“ ein, so daß eine Stoffanhäufung oder dergleichen zu bewältigen ist, so genügt es sich denn wohl, daß der Setzer flinker nach seinen Typen greift, doch kann man nicht etwa von ihm verlangen, daß er dann anstatt zum Beispiele 160 Zeilen „260“ setzen muß. In einem „schweren Tage“ wird übrigens ein intelligenter Faktor — falls ihm die Leute zu Gebote stehen — nach Bedarf Setzer aus der Werk- bzw. Accidenzabteilung nach der Zeitungsabteilung beordern, um dort helfend einzugreifen, welches Verfahren in diesem Falle das einzig Richtige ist. Bei dieser Handhabung kann dann von einem „Draufstechen wie im Berechnen“ keine Rede mehr sein. Bezüglich der Kontrolle, die sich im Anstreichen, Einschreiben usw. präzentiert, habe ich zu sagen, daß ich diese Methode nur in jenen Offizinen gefunden habe, wie man sie u. a. im schönen Rheinlande manchmal antrifft. Es sind dies Geschäfte, wo man von jeher „gewöhnlich“ ist, daß der Faktor im Leutnants- und der Metteur im Feldwebelstone zum Personale redet. Ein humaner Prinzipal aber nutzt seinen Gehilfen nicht zu, daß sie tagtäglich über ihre Arbeit gleich einem Sträflinge Rechenschaft abgeben, sondern traut ihnen noch so viel zu, daß sie ihre Pflicht „von selbst“ erfüllen. Auch wird ein ordentlicher Setzer diesem Verlangen schon aus „seiner“ Initiative nachkommen, also ohne Beeinflussung von Untreibern und ohne Beachtung des Oberdraufstechers vulgo „Reformbrechers“. Diese gemeine Klasse bilden hauptsächlich die seit Antritt der Lehre beim lieben Lehrprinzipale geliebten „Auch“-Kollegen, die durch ihr miserables Geharen noch schlimmer sind als unsere Gewohnheits-„Ueberstundenbozer“. Das sind ebenfalls Tatzaden, aber sehr traurige und muß auch in dieser Beziehung energische Abhilfe getroffen werden. Nur nach Abschaffung dieser Mißstände gibt es auch kein „Berechnen im gewissen Gelde“ mehr.

In Bezug auf die Anfeindung der Setzer im gewissen Gelde gegenüber Berechnern erkläre ich: Diese Anfeindung ist meistens dem Neide zuzuschreiben, der durch das „verschiedenartige Lohnverhältnis“ unwillkürlich hervorgerufen wird und, so lange das Berechnen existiert, auch wohl kaum verschwinden dürfte. Hierunter leidet sonach naturgemäß die Kollegialität, welche absolut nicht nach der „Lohnhöhe“ klassifiziert werden darf, da dieser Zustand sehr tödend auf unser Gewerbe einwirken würde. Man macht also nicht bei den berechnenden Kollegen selbst, sondern bei der „einseitigen Methode des Berechnens“ Halt. Um auch diese Uebelstände abzustellen, gibt es nur ein Mittel: die „Einführung einer einheitlichen Arbeitsweise“, welche wiederum die Abschaffung des Berechnens nötig macht. Weil nun aber dieser Schritt bei den älteren Kollegen Unregelmäßigkeiten im Lohne nach sich zieht, so wäre es sehr wünschenswert, wenn die Prinzipale diesen Arbeitern, welche zumeist schon viele Jahre in ihren Diensten stehen, gegenüber mehr Entgegenkommen beweisen würden, als dies der Fall ist. Es wäre daher angebracht, wenn die Prinzipale auch diesen Setzern einen fixen Wochenlohn, eventuell unter Minimum, geben würden, da auch sie ihren Lebensabend nicht in Not zubringen wollen. Eine Ungerechtigkeitsfrage ist es aber, wenn Prinzipale diese älteren Arbeiter, weil sie nicht mehr so leistungsfähig sind wie früher, einfach entlassen, was leider auch schon dagewesen ist.

Betreffs der Mehrleistung von Arbeitskräften nach Abschaffung des Berechnens komme ich zu folgender Beweiszuführung: Da beim Berechnen die Arbeitsleistung durchschnittlich eine „höhere“ ist als im gewissen Gelde, so steht fest, daß durch diese „Mehrfleistung“ von einigen Tausenden verschiedene hundert Kollegen eben überflüssig werden. Was nützen da die letzten der hohen Löhne der

Berechner, wenn sie durch diese Kollegen sozusagen „von der Arbeit ausgeschloffen“ werden? Wir müssen bei der andauernd großen Arbeitslosigkeit mit jedem einzelnen brotlosen Kollegen rechnen. Je mehr Berechner, desto mehr Konditionslose. Diese durch unsere jetzigen Verhältnisse erst im Laufe der Zeit reaktionär „geordnete“ Arbeitsweise muß darum abgeschafft werden. Unsere konditionslosen Kollegen, sowohl die am Orte als auch die auf der Reise, haben doch ihr Handwerk nicht für die Langeweile gelernt! Das „Mursen“ müßte nach Abschaffung des Berechnens natürlich „unterlassen“ werden, sonst wäre die ganze Geschichte zwecklos. Mit der Unzufriedenheit der ehemaligen Berechner könnte man sohin nicht rechnen, da wir wiederum auf die „Zufriedenheit der Gesamtheit“ bedacht sein müssen.

Indem nun beim „gewissen Gelde“ mehr im „Interesse des Prinzipals“ gearbeitet wird, so müßten nach Abschaffung des Berechnens die Löhne eben erhöht werden, damit der „Lohnausfall“ einigermaßen ausgeglichen wird. Die jetzigen Löhne sind besonders in der Provinz, wo doch das Leben entschieden teurer ist als in der Großstadt, heute schon zu niedrig. Was nun der Provinzler an der Wohnungsmiete spart, legt er für die Lebensmittel wieder zu, und so bleibt er eben in pekuniärer Hinsicht hinter dem Großstädter zurück. Im übrigen verdient mancher Handwerker, der eine kürzere Lehre als der Buchdrucker absolvierte und dessen Profession lange nicht die Kenntnisse und Talente eines Buchdruckers erfordert, mehr als ein Typensänger. O du armer Gutenbergsjünger!

Da Kollege Mezhäuser dem 2. und 3. Punkte meines Artikels, „Abfassung der Ueberstunden“ und „Aufklärung des Publikums über die Ausschichten im Buchdruckergewerbe“, so ziemlich zustimmt, so erübrigt sich meinerseits ein näheres Eingehen auf diese beiden Punkte. Ich richte nochmals an alle Kollegen die ernte Mahnung, im Interesse der Gesamtheit unserer Berufsangehörigen zum Wohle der konditionslosen Kollegen unermüdet zu wirken, und rufe ihnen in diesem Sinne zu: „Machtung verdient, wer erfüllt, was er vermag!“

Eisenberg (S.-A.). W. L.

Gewisses Geld und Berechnen.

Es ist erfreulich, daß Kollege W. L. durch seinen Artikel in Nr. 133 den Anstoß zu einer Diskussion über „Mittel und Wege zur Unterbringung der konditionslosen Kollegen“ gegeben hat. Wenn auch seine Ausführungen, namentlich über das Berechnen, von der Redaktion des Corr., scharfen Widerspruch erfuhren, so ist ihnen meines Erachtens doch der Kern der Wahrheit nicht abzusprechen.

Berfasser dieses ist Setzer im gewissen Gelde und spricht also gewissermaßen pro domo, trotzdem sei gestattet, für das von Kollegen Mezhäuser angegriffene gewisse Geld eine Lanze zu brechen.

Die fluktuierende Bewegung unter den konditionslosen Kollegen, die zahlreich und kurzen Gastrollen der einzelnen in den verschiedensten Druckereien finden ihre Hauptursache in der Methode des Berechnens: ist das betreffende Werk, für welches neue Berechner eingestellt wurden, zu Ende, so auch gleichzeitig die Kondition überhaupt. Und während im gewissen Gelde noch tüchtig gearbeitet wird, flaut die Tätigkeit im Berechnen immer mehr ab, ein berechnender Kollege nach dem andern verläßt die zum Taubenschlag gewordene Offizin. Müßten die arbeitslosen Kollegen aber sofort im gewissen Gelde angestellt werden, d. h. gäbe es keine Accordarbeit mehr, so verteilte sich die Arbeit gleichmäßig und die jeweiligen Konditionen wären auch nicht so rasch zu Ende. Wie die Dinge aber jetzt liegen, gräßt sich das Berechnen durch seine auf den größtmöglichen materiellen Gewinn abzielende und daher die vorhandene Arbeit schnell aufzehrende Methode das Wasser selbst ab.

Aber noch einige andere Momente sprechen für das gewisse Geld: Das ist erstens das auch vom Kollegen Mezhäuser gerügte „Ausfächeln“ des Manuskriptes. Zieht hier auch der Tarif in mancher Hinsicht eine gewisse Grenze, so wird doch noch sehr viel feindsüchtig, denn Tabellen, Gedächtnisse usw. kennt mancher Berechner nur dem Namen nach und das übrige Manuskript erfordert seine

ganze Anstrengung, wenn er es nur einigermaßen über das dritte Stufenminimum bringen will. Wo ist denn da die „persönliche Freiheit“? Vom Satze mathematischer Formeln mit dem üblichen Materialmangel, welcher letzterer nur in den seltensten Fällen entschädigt wird, gilt dasselbe. Werden jedoch diese Arbeiten in gewissen Gebiete hergestellt, so sind die erwähnten Mängel für den Seher mit keiner materiellen Einbuße verknüpft; die Offizinschafft erfahrungsgemäß das fehlende Material dann viel eher an als sonst.

Ferner ist die Bezahlung der Feiertage ein von der Redaktion übersehener, wohl zu beachtender Punkt. Bedeutend, namentlich am Jahreswechsel, die Feiertage nicht einen nennenswerten Ausfall am Verdienste? Wahrlich, die Medaille hat wirklich zwei Seiten!

Was das sogenannte Berechnen im gewissen Gebiete betrifft, so sind einige trasse Auswüchse doch nicht typisch zu nehmen. Der kollegiale Geist, der wirklich im gewissen Gebiete, mehr anzutreffen ist als im Rayon des Berechnens, wird hier sicher mit Erfolg eingreifen.

Die legendären 40 und 50 Mk.-Männer könnten sich aber im Falle einer plötzlichen Umwandlung des Berechnens in gewisses Geld völlig beruhigen. Die individuellen Leistungen werden auch hier entsprechend bewertet, wie allgemein bekannt, und das völlige Erschöpfen des Berechnens dürfte dann weiter auf tariflichem Gebiete, besonders was die Höhe des Minimums anlangt, manche Veränderungen bringen. Zu gegebener Zeit wird es am Plage sein, die jetzt rein akademische Frage aus dem Bereiche einer Hypothese zu ziehen.

Zum Schluß noch etwas über die Kontrolle im gewissen Gebiete. Ein jeder, der fleißig arbeitet, wird eine berechnete Kontrolle gewiß nicht als beleidigend empfinden, sie vielmehr als eine Formalität betrachten, über welche er sich hinwegsetzt. Dann sind die mancherlei Arbeiten der im festen Lohne arbeitenden Kollegen auch so angetan, daß sich der Kontrolle die Spitze abbrechen läßt.

Berringerung der Arbeitslosigkeit.

Es sind beherzigenswerte Worte, welche der Kollege L. in No. 133 des Correspondenten an die Verbandsmitglieder richtet und daß die angeführten drei Punkte, Abschaffung des Berechnens, der Ueberstunden und Aufklärung des Publikums bezüglich der Einstellung von Lehrlingen, etwas zur Berringerung der Arbeitslorenz beitragen würden, soll nicht geleugnet werden. Als „berechnender Seher“ will ich mich hier nicht weiter darauf einlassen, inwieweit die Beobachtungen des Kollegen L. gerechtfertigt sind, ob sie etwa nur die Egoisten, die lediglich auf ihr Interesse bedacht sind, betreffen. Es gibt manche gewisse Geldseher, welche ebenfalls die fraglichen, „üblichen“ Eigenschaften besitzen und durch gegenseitiges Ueberdienen des Arbeitsquantums sich die Gunst ihrer Vorgesetzten zu erwerben suchen. Meine Meinung ist die: Wenn die Kollegialität wirklich nachgelassen haben sollte, was ja nur eine subjektive Auffassung sein kann, so liegt dies meines Erachtens an den gespannten Arbeitsverhältnissen. Ein jeder Kollege ist unterrichtet über die gedrückte Lage des Arbeitsmarktes; er liest die Berichte über das Anwachsen des Konditionslorenzweeres, wieviel Nehestuntung gezahlt worden, wie die Ausbreitung der Sehmashinen vor sich geht usw. Das alles hält er sich vor Augen und sein Bestreben ist nun, durch intensive, gewissenhafte Arbeit seine Kondition zu sichern. Man sollte also nicht dem „Berechnen“ allein die Schuld der mangelnden Kollegialität zuschieben, sondern dies in dem unsicheren Broterwerb suchen. — An sich mag das „Berechnen“ eine ungewohnte Produktionsform sein, es teilt uns Seher gewissermaßen in verschiedene Klassen; ob aber die Abschaffung desselben eine vermehrte Einstellung von Sehern bedingen würde, das ist vorläufig eine unbewiesene Behauptung.

Daß das Ueberstundenwesen (vielmehr Unwesen) ebenfalls einen Einfluß auf den Arbeitsmarkt ausübt, ist gewiß nicht zu bestreiten. Es muß auch hier anerkannt werden, daß durch das unermüdete Wirken des Verbandes schon vieles besser geworden ist. Mit der Zeit wird auch hierin die Besserung weiter fortschreiten, je mehr sich die Prinzipalität zur Tarifreue bekennt.

Die Beschränkung der Lehrlingszahl bildet eine Hauptforderung seit vielen Jahren. Durch das Einwirken auf das Publikum vermag ich mir so lange keine rechte Hilfe zu verschaffen, als die Anzeigen fortfahren, Lehrlinge mit allen Mitteln anzuwerben. Es besteht allerdings in diesem Punkte eine tarifliche Vereinbarung und es ist mit Schwierigkeiten verknüpft, weitere Beschränkungen zu fordern. Bekanntlich geht die Regierung mit dem Plane einer reichsgesetzlichen Regelung des Lehrlingswesens um. Dessenungeachtet und bei der Wichtigkeit dieser Frage — ihr Einfluß auf den Arbeitsmarkt — muß den Prinzipalen vor Augen gehalten werden die große Zukunft an Lehrlingen im Verhältnis zum Ueberflusse an Arbeitskräften. Gerade die tarifreuen Prinzipale müssen hierfür ein großes Interesse haben. Der Ueberfluß an Arbeitslorenz führt zur Stärkung der Konkurrenz, d. h. derjenigen, der an billigen Kräften gelegen ist. Dem kann durch eine weitere Reduzierung der Lehrlingszahl ein Riegel vorgegeben werden.

Werfen wir einen Blick auf die Entwicklung der Sehmashinensache, so befindet sich dieselbe noch im fortschreitenden Stadium. Die Zeit bis zur nächsten Tarifberatung ist noch in zu weiter Ferne, um schon jetzt zu bestimmten Abänderungsvorschlägen zu schreiten. Doch muß es auch

hier die Aufgabe der Maschinenfabrikvereine sein, die Auswüchse zu beseitigen und die Arbeitskraft des Einzelnen durch Verkürzung der Arbeitszeit vor Ausbeutung zu schützen.

Das Hauptgewicht muß aber auf die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit gelegt werden. Es wäre verfehlt, an einem Rechenexempel festzustellen, wieviel mehr Arbeitskräfte Beschäftigung finden, wenn die Zeit um $\frac{1}{2}$ oder 1 Stunde verkürzt würde. Doch wenn dies auch nur zum Teile geschieht, so ist das Grund genug, in dieser Beziehung vorzugehen; gar nicht zu reden von dem hygienischen und sittlichen Einflusse, den eine kürzere Arbeitszeit auf den Einzelnen ausübt.

Alle diese genannten Faktoren müssen die Aufmerksamkeit aller Kollegen erwecken, um dieselben in den Kreis unserer Betätigung zu ziehen. Betrachten wir die fortlaufenden Ziffern des Unterstufungsweeres, die auffallende Vermehrung der Ausgaben, so ersehen es die vitalsten Interessen des Verbandes und der Stand seiner Klassen, die Frage der Arbeitslorenzreduzierung auf das Programm der nächsten Tarifberatung zu setzen. Durch ein entsprechendes Zusammengehen von Prinzipalen und Gehilfen werden wir zwar das Uebel nicht ausrotten, aber auf das möglichste beschränken und dadurch ernste Gefahren abwenden.

A. H.

Mittel und Wege zur Unterbringung konditionsloser Kollegen.

Der unter obigem Titel in Nr. 133 des Corr. erschienene, sehr zeitgemäße Artikel veranlaßt mich, zu den gemachten Vorschlägen noch verschiedene vom Standpunkte der Druckerkollegen zur Diskussion zu stellen. Wenn man die Berichte aus den verschiedenen Druckstädten genau betrachtet, so wird man mit wenigen Ausnahmen finden, daß die Stellungslosigkeit unter den Druckern im Verhältnisse immer noch eine größere ist als bei den Kollegen vom Kasten und das trotz der Einführung der Sehmashine. Diese Tatsache ist schon öfter hervorgehoben worden, es verlohnt sich daher der Mühe, nach den Gründen zu suchen, welche die Ursache für diesen im ersten Augenblicke verwunderlichen Umstand bilden.

In erster Linie kommt auch hier die stete Einführung verbesserter Maschinenkonstruktionen in Betracht. Aufstellungen, welche noch vor wenigen Jahren die Schnellpresse wochenlang beschäftigten, werden jetzt von der Rotationsmaschine in kürzester Frist bewältigt, andere Maschinentypen sehen den Prinzipal in die Lage, auch bessere Arbeiten, Illustrationsdrucke usw. in bedeutend reduzierter Zeit fertigzustellen. Und fortwährend noch schreitet die Verbesserung aller dieser Systeme, ebenso der Arbeitsweise selbst, vorwärts.

Daß auch im revidierten Tarife die Lehrlingskala für uns eine ungünstigere ist, soll ebenfalls erwähnt werden. Sie trägt zu dem eingeangenen konstatierten Mißverhältnisse ihr gut Teil bei. Stichhaltige Gründe für diese Benachteiligung unserer Berufsgruppe kann ich nicht finden, um so mehr, da wir gar oft noch mit sogenannten „Arbeitsbüchchen“ bedacht werden, welche sich zu gelegener Zeit auch noch als Lehrlinge entpuppen. Jeder Sachmann weiß, wie schwierig es ist, da den Prinzipalen beizukommen. (Wenn es sich um tarifreue Prinzipale handelt, so verweisen wir auf den im September 1901 gefaßten Beschluß des Tarif-Ausschusses, wonach eine Umgehung der Lehrlingskala durch Einstellung jugendlicher Arbeiter, welche eine technische Ausbildung erfahren, nicht zulässig ist. Die Redaktion.)

Es ist allerdings vor Ablauf des jetzigen Tarifes nicht möglich, eine Aenderung betreffs der Lehrlingskala in Rücksicht auf die allgemeine Arbeitslosigkeit herbeizuführen, aber seien wir wenigstens darauf bedacht, daß diese streng eingehalten wird. Beteiligen wir uns reger am Vereinsleben, damit es möglich wird, bei einer Revidierung des Tarifes unbedingt eine Gleichstellung in dieser Sache mit den Seherkollegen zu erzielen. Ein unbilliges Verlangen ist es sicher nicht.

Die Hauptschuld an der Ueberfüllung des Arbeitsmarktes sehe ich in dem „Mehrmaschinenbedienen.“ Dabei habe ich nicht die ganz kleinen Druckereien im Auge, aber es gibt viel größere Geschäfte, wo jahraus jahrein in dieser Beziehung die größtliche Schmutzkonkurrenz, anders kann man es nicht nennen, getrieben wird. Wer je per Insperat Kondition gesucht, wird wissen, welche Eintrittsbedingungen da oft bei tarifmäßiger Entlohnung gestellt werden.

Noch viel weniger am Plage ist es, daß „Notationen“, wie es so oft vorkommt, auch in ihrer freien Zeit andere Maschinen bedienen.

Wichtig ist auch die „Abschaffung der Ueberstunden“. Obwohl dieselben gerade im Maschinenbaue wohl nie ganz verschwinden werden, so ist die mögliche Einschränkung derselben nicht bloß im Interesse der arbeitslosen Kollegen, sondern auch in dem unserer Gesundheit sehr zu betreiben. In solchen Druckereien aber, wo das Personal nicht vollständig ist, das heißt, wo mehr Maschinen bedient werden, sind sie überhaupt zu verweigern, sie können dann auf, ein tarifliches Recht des Prinzipals zu sein.

Jedem einsichtigen Kollegen wird es ohne weiteres klar sein, daß bei Beseitigung erwähter Uebelstände mancher Platz für unsere Konditionslosen frei würde. Obwohl da nicht auf einmal viel Remedur geschaffen werden können, so ist es aber doch möglich, daß bei einer unablässigen, energischen Agitation seitens berufener Faktoren vieles gebessert werden könnte. Die neigenwächte

Zentralkommission der Maschinenmeister dürfte sich der Kollegialität zu Danke verpflichten, wenn sie allerorts dafür sorgen würde, daß dieses Thema diskutiert und daß sie überhaupt alles tut, was ihr zweckmäßig zur Abhilfe erscheint. Die Kollegen, welche vereinzelt in der Provinz konditionieren, können allein wenig tun, wenn nicht ein Druck von oben ausgeht wird. Solche aber, welche es bezüglich des Mehrmaschinenbedienens zu arg treiben, sollten von unseren Vereinen nicht aufgenommen werden.

Zum Schluß möchte ich mir, unabhängig von dem Thema, noch einige Worte erlauben betreffs der Entlohnung. Auch hier tut es sehr not, daß einmal vielen Kollegen die Schädlichkeit ihres Tun vor Augen geführt wird. Es ist allenthalten, besonders in der Provinz, Ullus geworden, daß die Einstellungen von Arbeitskräften zum Minimum erfolgen. Das Minimum ist doch aber nur die Bezahlung, welche solche bekommen dürfen, die bloß die ganz ordinären Arbeiten erledigen. Jeder, wer mehr leisten soll, ist auch entsprechend höher zu entlohnen. Das wird leider von sehr vielen Prinzipalen und bedauerlicherweise auch von Gehilfen vergesen. Das ist gegen die Interessen des Tarifes, es sind aber selbst Prinzipale, welche in Tarifangelegenheiten hervortreten, die noch vor kurzer Zeit Illustrationsdrucker usw. zum knappen Minimum gejudt haben.

Wüßten doch überall die Kollegen darauf sehen, daß der Subfinitensimus unter uns ausfüßt, damit unsere ohnedies bedrängte Lage nicht noch schlechter wird. Ein regeres Verbandsinteresse wäre dringend zu wünschen, selbst unsere engeren Klubs dürften mehr Zutritt haben. Der Zweck meiner Zeilen wäre erreicht, wenn man sich regen würde, die angeführten Mißstände zu mildern.

J. A.

Korrespondenzen.

Berlin. (Generalversammlung des Vereins aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Lucas durch Erheben von den Plätzen. Unter Vereinsmitteilungen berichtete der Vorsitzende zunächst, daß in einer Offizin Differenzen zwischen der Geschäftsleitung und dem Personale stattgefunden haben, welche, trotzdem von Gehilfen alles geschah um eine Verständigung herbeizuführen, leider zum Auslande führten. So sehr es die Gehilfenchaft nichts als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, bei eintretenden Differenzen durch gegenseitige Ansprache eine Basis für eine Verständigung zu schaffen, war dieselbe doch in diesem Falle, da die Geschäftsleitung jede Unterhandlung ablehnte, gezwungen, schärferer Maßregeln zu ergreifen mit dem Erfolge, daß nach zweitägiger Dauer des Mißstandes eine Einigung erzielt wurde. Trotzdem immer noch eine größere Zahl konditionsloser Kollegen am Plage ist, werden in mehreren Gießereien Ueberstunden gemacht. In zwei Gießereien konnten die Kollegen hiergegen nichts einwenden, da alle Maschinen besetzt waren. Scharf tadelte dagegen die Versammlung das Verhalten der Kollegen einer dritten Gießerei, welche, trotzdem Maschinen leer stehen, sich nicht dazu aufraffen konnten, die Ueberstunden zu verweigern. Es wurde ausgeführt, daß man sich nicht darauf beschränken sollte, den Extrabeitrag für die Konditionslosen zu zahlen, sondern möglichst dafür zu sorgen, daß dieselben wieder Kondition erlangen, und sei es auch nur auf Wochen. Die Versammlung beschloß, daß Ueberstunden zu verweigern sind, wenn Maschinen frei stehen und Konditionslose am Orte vorhanden sind. Dem Kassierbericht ist zu entnehmen, daß das Vermögen des Vereins auf 16.177,25 Mk. angewachsen ist. Die Zahl der Mitglieder beträgt 522. Für die Witwen sowohl als die Konditionslosen wird auch in diesem Jahre eine Weihnachtspende bewilligt.

A.B. Bezirk Bonn. Die letzte diesjährige Bezirksversammlung tagte am 23. November in Koblenz und war von 47 Mitgliedern (bei einer Gesamtzahl von 139 im Bezirke) besucht; vertreten war Uhrweiser mit 2, Bonn 11, Boppard 2, Euskirchen 2, Koblenz 8, Rodem 1, Kreuznach 1, Neuwied 13, St. Goar 1, Siegen 5 und Zell mit 1 Kollegen. Nach alter „Gepflogenheit“ mieden die Nichtmitglieder von Koblenz unsere Verhandlungen. Der Bezirksvorsitzende Balduß warf einleitend einen kurzen Rückblick auf den Verlauf des letzten Quartals in wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Beziehung, woran sich die Berichte aus den einzelnen Ortsvereinen schlossen. Da die diesmal sehr umfangreiche Tagesordnung meist interner Natur war, sei hier nur einiges erwähnt: Der Kassierbericht, gegeben vom Kollegen Dries, konnte einstimmig genehmigt werden; errenlichweise waren diesmal keine Restanten aufzuführen. Ein Antrag des Ortsvereins Neuwied, den Punkt „Wahl des Ortes der nächsten Bezirksversammlung“ auf die jeweilige Tagesordnung zu setzen, wurde nach längerer Debatte abgelehnt, weshalb es also bei dem bisherigen Modus bleibt, wonach der Bezirksvorstand den Ort der jeweiligen Bezirksversammlung zu bestimmen hat — Angenommen wurde dagegen ein weiterer Antrag des vorgehauenen Ortsvereins, „den Mitgliedern des Bezirkes die tariflichen Sonderbestimmungen für Rheinland-Westfalen gedruckt zu zustellen.“ — Die Fahrkosten konnten in üblicher Höhe (4. Klasse) zurückvergütet werden.

Bonn. Der Bericht über den Bezirkstag des Bezirkes Rhefeld in Nr. 137 des Corr. legt mir die Pflicht auf, auf die unqualifizierbaren Ausschüssen des Gehilfen-

vertreter's Rede einige Worte zu erwidern. Den Punkt Tariffäch glaubte man in dieser Versammlung aufheben nicht genügend erörtern zu können, ohne die rheinisch-westfälischen Generalversammlungsdelegierten unter dem Protektorate des Gehilfenvertreter's mehr oder weniger "lebenswürdig" zu behandeln. Man hat es hierbei der Würde des Hauses entsprechend gehalten, die aufopfernde, unantastbare Arbeit unserer früheren Gehilfenvertreter's Mirow im Interesse der Tariffache einer von allem andern, nur nicht von kollegialer Gesinnung getragenen abfälligen Kritik zu unterziehen. In besonders "wohlwollender" Weise jedoch wird seitens des Gehilfenvertreter's indirekt meiner Person gedacht, da es ihm wohl schwer geworden wäre, sich mit sachlichen Gründen vor der Versammlung zu rechtfertigen und sein Vertrauensvotum zu erringen. "Im Interesse des Friedens" hat Kollege Nabe, bisher geschwiegen und ich glaube, es wäre nicht zuletzt im Interesse seiner selbst gewesen, wenn er weiter geschwiegen hätte. Nabe erklärt, er wolle nicht in denselben Fehler verfallen wie "ein Delegierter der Generalversammlung", unterläßt es jedoch, den Fehler nachzuweisen. Ober seien Sie, Herr Nabe, es jezt als Fehler an, wenn meinerseits versucht wurde, die Tariffache Rheinland-Westfalens, die naturgemäß mit Ihrer Person eng zusammenhängt, in der Generalversammlung nach Möglichkeit so darzustellen, wie das Gros der rheinisch-westfälischen Gehilfen es wünschte und wie Sie selbst in der wohl noch in Erinnerung stehenden Bezirksvorsteherkonferenz sich uns geschildert haben. Gerade Sie, verehrter Herr Kollege, sind es gewesen, der durch die Darstellung der Verhältnisse in dieser Konferenz die vielleicht etwas übertriebene Entrüstung und Erregung in die rheinisch-westfälische Gehilfenität hineingetragen hat. Das hinderte Sie jedoch nicht, kurze Zeit darauf vor dem Tarif-Ausschusse zu erklären, daß in Rheinland-Westfalen "alles in Ordnung" sei. Ist das korrekt gehandelt? — Die rheinisch-westfälischen Delegierten denken wohl sämtlich heute über die Tariffache in Rheinland-Westfalen etwas anders als vor der Generalversammlung, auch ich sehe nicht an, dies von mir zu sagen und Sie hatten am wenigsten Anlaß, der bereits erfolgten Klage noch einmal neue Nahrung zuzuführen. Für Sie als Gehilfenvertreter bleibt doch wohl sicherlich noch genügend wichtigere Arbeit zur Förderung der Tariffache zu tun übrig! — Im weitern phantasiert Nabe von einem "durch Kuhhandels-Unaben Delegierter gewordenen" Bezirksvorsteher und macht dadurch seinem gekränkten Herzen Luft über den "Mein-Jall" seiner Kandidatur. Das ist menschlich begreiflich. Ich kann jedoch darauf erklären, daß von meiner Person aus kein Wort im Interesse meiner Wahl gesprochen oder geschrieben worden ist, nur ist die Unterstützung meiner Kandidatur, leider ohne mein Vorwissen, seitens der übrigen Mitglieder des Bonner Bezirksvorstandes bei den übrigen Bezirken im Gau empfohlen worden, was jedoch ein durchaus erlaubtes Mittel ist. Daß ein seit längerem Jahren im Interesse der Organisation nach Kräften tätiger Kollege, der "keine tarifmäßige Stelle bekleidet", zu unserm Parlamente delegiert werden kann, erscheint dem Gehilfenvertreter unbegreiflich; er beweist dadurch, wie wenig er mit den Verhältnissen in seinem eignen Tarifkreise vertraut ist. Seit Jahren ist hier in Bonn seitens der Verbandsmitglieder alles versucht, Konditionen, ja Existenzen gepuffert worden, um dem Tarife Eingang zu verschaffen; wenn dies nicht, wie gewünscht, erreicht wurde, so liegt das keineswegs an den hiesigen Mitgliedern oder gar an meiner Wenigkeit, sondern eben an den eigenartig gelagerten Verhältnissen. Und deshalb wollen Sie uns, Herr Nabe, der "bürgerlichen Ehrentrechte" verlustig erklären? Lassen Sie sich etwas mehr als bisher das so schwer zu bewaubende Tariffeld des Bezirks Bonn angelegen sein, vielleicht gelingt es Ihnen mit unsrer Unterstützung, den langgehehnten Erfolg endlich herbeizuführen. Das bewirken aber nicht phrasenhafte Darstellungen von Personen und Sachen in Versammlungen, um sich ins Licht und an andere in den Schatten zu stellen, sondern ernste, tatkräftige, praktische Arbeit zum Wohle aller. Und das soll nach der Generalversammlung unser einziges Streben sein. Th. Baldaus.

Rundschau.

Die Firma Paul Feenel in Plauen (Neue Vogtlandische Zeitung) erstand in der Zwangsversteigerung das Hotel Kaiserhof für 204300 Mk. Nach erfolgtem Umbau wird die Firma in das Grundstück übersiedeln. Den Konkurs angemeldet hat am 22. November der Buchdruckerbesitzer Franz Braune in Dresden. Dem Gemeinderate der Stadt Bielefeld überreichte der schlesische Kronlandsverein das Gesuch, die städtischen Druckereien nur an tarifstrenue Druckereien zu vergeben und gegen die Lehrschriftwirtschaft zweier dortigen Firmen, Brodatzschel und Handel, an welche die städtischen Arbeiten übertragen sind, einzuschreiten. Das erste Gesuch wurde ohne weiteres abgelehnt und das zweite dadurch für erledigt erklärt, daß das Bürgermeisteramt schon infolge einer früheren Eingabe die "Gemeinschaft der gemischten Gewerbe" beauftragt habe, keinen Lehrling der genannten beiden Druckereien aufzubringen, so lange nicht das statutgemäße Zahlenverhältnis zwischen Gehilfen und Lehrlingen erreicht sei. Diese Verfügung klingt ganz schön, ist aber vollständig wertlos, denn das angezogene Statut gestattet, auf einen Gehilfen drei Lehrlinge zu halten.

Die Gewerkschaften und unteren Gerichte in Desterreich lassen sich von der Maxime nicht abbringen, einen jeden, der kein Geld und keine Arbeit hat, offiziell als Lumpen resp. Vagabunden zu erklären. Daran ändern auch die entgegenstehenden Entschiede des Obersten Gerichtshofes und des Ministeriums nichts. In der Nähe von Nachod wurde wieder ein Mitglied des Buchdruckerverbandes von einem Gewerksamen "aufgegriffen", an das Bezirksgericht in Nachod eingeliefert und von diesem zu vierzehn Tagen strengen Arrestes, verschärft mit zwei Fasttagen, verurteilt. Das Kreisgericht in Königgrätz hat zwar dieses Urteil aufgehoben — womit der staatsanwaltschaftliche Funktionär übrigens nicht einverstanden war — aber nur, weil der Angeklagte nach Ausweis seiner Verbandspapiere nicht als "mittellos" angesehen werden konnte. Im Grunde genommen bleibt es dabei: Wer kein Geld hat, der ist als Vagabund zu betrachten und einzusperrern! Die einzig gute Seite dieser Maxime ist die darin liegende indirekte Empfehlung des Anschlusses an die Arbeiterorganisationen.

Hieronymus Vorm (Pseudonym für Heinrich Landesmann) ist am 3. Dezember im 81. Lebensjahre in Brünn gestorben. Schon im Jünglingsalter verlor er Gehör und Sehvermögen. Romane, Novellen und Gedichte — er tat sich besonders als pessimistischer Lyriker hervor — bilden seine Hinterlassenschaft. In seinen philosophischen Schriften machte er wiederholt den Versuch, eine allgemeine verständliche Erörterung des Lebensproblems zu geben, aber mit wenig Glück.

Die Arbeitsordnung ist nach § 134e der Gewerbeordnung an geeigneter, allen beteiligten Arbeitern zugänglicher Stelle auszubringen und stets in lesbarem Zustande zu erhalten. Ferner heißt es: Dieselbe ist jedem Arbeiter bei seinem Eintritte zu behändigen. Bekanntlich steht in der Gewerbeordnung recht viel, das keine Beachtung findet. Auch manchen Gewerbegerichteten ist dieser Vorwurf nicht zu ersparen. Das Gewerbegericht in Rassel hat durch einen Entschiede in dankenswerter Erinnerung gebracht, daß die oben erwähnte Gesetzesbestimmung noch zu Recht besteht und einen Unternehmer, der sich auf den Anschlag berief, abgewiesen, nachdem der Kläger behauptet hatte, die Arbeitsordnung nicht zu kennen, da er zum Lesen derselben im Geschäft keine Zeit übrig gehabt. — Die Arbeitsordnung gehört von Rechts wegen in das Lohnbuch und ist, wo solche nicht geführt werden, dem Arbeiter in anderer Weise zugänglich zu machen. Das bloße "Aushängen" genügt nicht.

Am den Erhebungen über die Arbeitslosigkeit in Hessen, zu denen die dortigen Handelskammern beauftragt waren, sollen jezt auch die dem Ministerium beigeordneten Arbeitervertreter teilnehmen. Diese letzteren sind auf Vorschlag der Gewerbeinspektoren, welche mit den Gewerkschaften in enger Fühlung stehen, vom Ministerium berufen worden. Die Erhebungen eritrecken sich auf verkürzte Arbeitszeit, Lohnföhrungen, Entlassungen, die Konjunktur in den verschiedenen Industrien und etwa erforderliche Notstandsarbeiten.

Zu Bremen wird demnächst die Gewerbeinspektion eine weibliche Hilfskraft beigelegt.

Unter großem Pomp wurde am 30. November in Neunkirchen ein dem Andenken des Freiherrn v. Stumm-Halberberg gewidmetes Denkmal enthüllt. Der Reichstagsabgeordnete v. Kardorff, der eben jezt im Reichstage demüht ist, seinem Namen in der Geschichte des Deutschen Reiches einen Platz zu verschaffen, der ihm schwerlich zur Ehre gereichen wird, feierte Stumm bei dieser Gelegenheit gewissermaßen als den obersten Protektor der deutschen Sozialpolitik, um welche nach seiner Ansicht "uns die ganze übrige Welt beneidet". Selbstverständlich unterließ es der Redner nicht, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiter sich damit zu begnügen und sich jeder weitern Agitation zu enthalten haben. Um dieser "Weltanschauung" Rechnung zu tragen, zirkulierte auf den Stumm'schen Werken eine Liste, in welcher sich die Arbeiter als Mitglieder des national-liberalen Wahlvereins einzugehen haben — natürlich mit dem, wenn auch nicht direkt ausgesprochenen Hinweis, daß bei Weigerung der Unterschrift die bekannte Strafe auf dem Fuße folgen werde. Die Mitgliederzahl des gedachten Vereins, dessen Vorsitzender der Generaldirektor der Stumm'schen Werke ist, wird sonach um ein Erkleckliches steigen und wenn es zur Wahl kommt, zu werden die Mader des Ganzen dafür sorgen, daß das Vertrauen zu dem "gehheimen" Stimmzettel durch die in jenem Lager üblichen Machinationen stark erschüttert wird, somit die Arbeiter gezwungen werden, lediglich der Parole von oben zu folgen. Aber spmt hat jeder Staatsbürger das Recht, nach bestem Wissen und Gewissen seine Stimme abzugeben. Das Gewissen wird eben vorher durch Hinweis auf den Brotkorb einer sorgfältigen Revision unterzogen resp. geschärft. Denkende Leute nennen dies freilich Korruption!

Eine Notstandsvorlage legte der Magistrat in Frankfurt a. M. am 25. November der Stadtverordnetenversammlung vor. Darin sind recht eigenklimliche "Grundzüge" entwickelt. So z. B. wird erklärt, "daß Arbeitslosigkeit an und für sich der Gemeinde nicht wohl Veranlassung zur Entfaltung besonderer Fürsorge geben kann. Wenn es sich nur darum handelt, daß einzelne mit ihrem Willen oder gegen denselben ihre Arbeitsstelle verlassen haben, wird es Sache der Betroffenen sein müssen, sich anderweit Arbeit zu suchen oder aber — in Fällen besonderer Not — die öffentliche Armenpflege anzurufen." Nur wenn Arbeitslosigkeit in größerem Umfange und mit längerer Dauer eintritt, so daß daraus

sittliche und soziale Gefahren entstehen können, erachtet es der Frankfurter Magistrat für notwendig, durch Beschaffung sogenannter Notstandsarbeiten von Stadt wegen die Existenz der betroffenen Arbeiterfamilien aufrecht zu erhalten, wobei aber ausdrücklich betont wird, daß die Stadtverwaltung es grundsätzlich ablehne, für die wegen Einstellung von Saisonarbeitern arbeitslos werdenden Fürsorge zu treffen. Dem entsprechend sieht denn auch die durch große Ziffern glänzende Vorlage aus, in der Hauptsache handelt es sich dabei um Arbeiten, die auf jeden Fall hergestellt worden wären, auch ohne Notstand. Trotzdem pflichten die Stadtverordneten der Vorlage bei, beschließen aber die Einsetzung einer Notstandskommission und beauftragten den Sozialpolitischen Ausschuss, sich mit der Schaffung eines Arbeitsamtes nach Stuttgarter Muster zu beschäftigen. Dies scheint aber mehr aus Rücksicht auf die (inzwischen stattgefundenen) Wahlen geschehen zu sein als aus Ueberzeugung; von der Kommission wollte der Magistrat durchaus nichts wissen und das Arbeitsamt soll ja erst in Beratung genommen werden.

In Augsburg wurde ein Milchhändler aus Pfersee zu zwei Monaten Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe verurteilt: Drei Liter Milch und ein Liter Wasser — diese Mähdung rechtfertigt die hohe Strafe.

Der Zudenreiser Graf Pückler wurde abermals verurteilt und zwar zu 600 Mk. Geldstrafe wegen Beleidigung des Vorsitzenden und der Mitglieder der Strafammer in Berlin; vor welcher er j. Z. als Angeklagter stand. Der Herr Graf hat sich diese Beleidigung in einer Versammlung, in der er in bekannter drahtiger Weise über die Gerichtsverhandlung Bericht erstattete, zu schulden kommen lassen. Der Verurteilte wird auch diese 600 Mk. zahlen und — weiter schimpfen.

In den Ausstand traten die Zwiider zweier Schuhfabriken in Pirmaise. Die Ausständigen in Meerane machten einen neuen Versuch, in Unterhandlungen mit den Fabrikanten einzutreten. Sie legten einen neu-revidierten Tarif vor, der den Unternehmern einige Konzeptionen machte. Die letzteren lehnten jedoch ein Eingehen auf denselben ab. Der aus Breslau gemeldete Streik der Klempner, Mohrleger usw. ist noch nicht eingetreten. Man ist vielmehr noch mit den Vorbereitungen für Einführung eines allgemeinen Tarifes beschäftigt.

Die Aussperrung der Zigarrenarbeiter in Antwerpen und St. Nicolas endete mit vollem Erfolge für die Arbeiter. Auch der Steinarbeiterstreik in Basel endete zu gunsten der Arbeiter. Unter anderem wurde vertragmäßig die vorherige Festschließung des Accordpreises unter Zugrundelegung eines Tagelohnes von 6,50 Fr. zugelassen. Die Steinhauer in Christiania mußten ihren Streik aufgeben, da die Stellen zum größeren Teile besetzt; sie haben indessen zumeist in anderen Orten Arbeit gefunden. Die dänischen Hafenarbeiter befinden sich noch immer im Kampfe um das Koalitionsrecht. Eine unter Vorsitz des Bürgermeisters von Odense tagende Vermittlungskommission hatte sich zwar geeinigt, aber die Importeure und Exporteure lehnten den für die Arbeiter günstigen Entschiede ab. In Marseille machten die Kleeber Vorschläge behufs Beendigung des Streiks; diese wurden aber von den Ausständigen abgelehnt. Letztere rufen jezt die gesamte Arbeiterchaft um Hilfe an.

In Japan wird demnächst ein Arbeitsamt beim Handelsministerium errichtet werden, das sich mit allen die Arbeiterfrage betreffenden Angelegenheiten beschäftigen soll.

Briefkasten.

M. S. 100: Sobald der Urlaub prinzipalsteitig bewilligt, kann Ihnen der Anspruch auf Bezahlung der vorausgegangenen Feiertage nicht verlustig gehen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betroffenen die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für die deutsche Schweiz an Emil Pfister, Bern, Frickebad 41; die romanische Schweiz an Marius Corbaz, Lausanne, Chalet du Midi, Chemin Zurigoz; die italienische Schweiz an F. Balssch, Lugano, piazza Liceo 60; Elsaß-Lothringen an Alphonse Schmoll, Straßburg, Brunngäßchen 5; Desterreich an Franz Reifmüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25; Ungarn an Julius Peidl, Budapest VIII, Stähl-utca 7; Preßburg an Samu Löwy, Preßburg, Mikaelergasse 16; Holland an S. Polz, Amsterdam, Bloemstraat 60huis; Dänemark an Viktor Petersen, Kopenhagen, Nybrogade 12 K. Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Kassel. Der Drucker Heinrich Meyer aus Hannover (Gaußbuch-Dr. 27239) und der Segler August Münstermann aus Offen (Hauptbuch-Dr. 768) werden aufgebodert, den hier noch schwebenden Betrag von je einer Woche = 1,30 Mk. umgehend nach hier portofrei einzusenden. Letzterer befindet sich wahrscheinlich auf der Reise und wollen die Herren Verwalter denselben hierauf

